

Beschluss vom 17.07.03

## **Keine Streichung von Reproduktionsmedizin!**

Im Zuge der Gesundheitsreform ist geplant, Maßnahmen zur künstlichen Befruchtung aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen ersatzlos zu streichen. Begründung ist, dass es sich um versicherungsfremde Leistungen handele („Unfruchtbarkeit ist keine Krankheit“). In diesem Zusammenhang wurde von diversen Spitzenpolitikern auch geäußert, Familienplanung sei Privatsache. Welch ein Hohn, angesichts der niedrigsten Geburtenrate aller Zeiten. Die Solidargemeinschaft muss auch den Leidensdruck der Menschen anerkennen, die sich den Lebenswunsch nach einem Kind nicht autonom erfüllen können!

Das Problem wird aufgrund von Umwelteinflüssen, Stress, höherem Alter beim Kinderwunsch usw. gesellschaftlich immer relevanter. Bereits etwa jedes 7. Paar ist ungewollt kinderlos.

In Zeiten, in sogar der Deutsche Industrie- und Handelstag erkannt hat, dass wir uns die niedrige Geburtenrate wirtschaftlich nicht leisten können, wäre die Streichung als politisches Signal fatal und ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen sowieso.

Da ein IVF-Versuch 2.500 bis 4.000 Euro kostet, könnten sich nach den geplanten Änderungen definitiv nur noch Reiche die Behandlung mit IVF leisten. Trotzdem wäre der „IVF-Tourismus“ ins billigere aber auch unkontrollierte Ausland vorprogrammiert.

Paare, die sich einer IVF unterziehen, haben kaum eine Lobby, da die Kinderlosigkeit sie sehr belastet und sie ihr Problem nicht gern in die Öffentlichkeit tragen.

Der in diesem Antrag behandelte Aspekt der Gesundheitsreform soll andere Aspekte derselben keineswegs abwerten. Hier besteht im Bezirk noch sehr viel Diskussionsbedarf.

Forderung:

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, auf die geplante Streichung der Kostenübernahme von IVF durch die Krankenkasse zu verzichten. Im Gegenteil sollte über eine Liberalisierung der Bestimmungen nachgedacht werden.